

Änderung Behördenreglement – Erhöhung der Sitzungsgelder des Parlaments und der Kommissionen

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Mit der Erheblicherklärung der Punkte 1, 3 und 4 der Motion 2321 erteilte das Parlament an seiner Sitzung vom 6. Mai 2024 dem Gemeinderat den Auftrag, die nötigen Reglementsanpassungen vorzunehmen, die für die Umsetzung folgender Massnahme nötig sind:

- Die Teilnahme an den Fraktionssitzungen wird abgegolten, indem die Höhe der bestehenden Sitzungsgelder gesteigert wird (pauschale Abgeltung der Fraktionssitzungen) oder indem der Anspruch auf Sitzungsgeld auf die Fraktionssitzungen ausgedehnt wird (einzelne Abgeltung der Fraktionssitzungen).
- Die Neuerungen treten mit Beginn der neuen Legislatur per 1. Januar 2026 in Kraft.
- Die Umsetzung dieses Vorstosses geschieht zwingend in enger Abstimmung mit dem Parlamentsbüro und der Fachstelle Parlament.

Die Forderung der Anwendung des Teuerungsausgleichs auf die Sitzungsgelder des Parlaments (Punkt. 2 der Motion 2321) hat das Parlament abgelehnt.

2. Die aktuelle Entschädigungsregelungen für Parlamentsmitglieder und im Parlament vertretenen Parteien und selbständigen Wählergruppen

Wie in der Antwort des Gemeinderats vom 13. März 2024 ausgeführt, werden in Köniz Parlamentsmitglieder bzw. im Parlament vertretene Parteien und selbständigen Wählergruppen auf folgende Arten entschädigt:

- 1) Gemäss Art. 10 Absatz 2 Behördenreglement¹ haben Mitglieder des Parlaments sowie der ständigen und nichtständigen Kommissionen für die Teilnahme an ihren Sitzungen Anspruch auf ein Sitzungsgeld. Das Sitzungsgeld beträgt
 - für die Mitglieder des Parlaments und die Mitglieder der parlamentarischen Kommissionen 70 Franken;
 - für die Mitglieder anderer Kommissionen 50 Franken. Diese Bestimmung kommt z.B. für die Einbürgerungskommission (Art. 7 Verordnung über das Einbürgerungsverfahren, Nr. 121.11), die Schulkommission (Art. 3 Behördenverordnung, Nr. 153.311) sowie die Kommission Wangental (Art. 50 der Überbauungsvorschriften der Überbauungsordnung "Abbauschwerpunkt Wangental") zur Anwendung. Die Bestimmung käme auch für die Vormundschaftsbehörde zur Anwendung (Art. 4 Behördenverordnung), diese Kommission wurde aber vor einigen Jahren aufgelöst.²
 - für die Sitzungsleitung des Parlaments und der parlamentarischen Kommissionen 140 Franken;

Dauert die Sitzung mehr als vier Stunden, werden 150 Prozent, dauert die Sitzung mehr als sechs Stunden, werden 200 Prozent des obgenannten Sitzungsgeldes ausbezahlt (Art. 10 Absatz 3 Behördenreglement)

¹ Reglement über die Entschädigung und Nebenbeschäftigungen der Mitglieder des Gemeinderates und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement), Nr. 153.31

² Der Gemeinderat nutzt die Gelegenheit, parallel zur vorgelegten Anpassung des Behördenreglements Art. 4 der Behördenverordnung (Streichung Vormundschaftsbehörde) anzupassen.

- 2) Gemäss "Reglement für die Zuteilung des jährlichen Gemeindebeitrages an die politischen Parteien und selbständige Wählergruppen", Nr. 142.1, erhalten die Parteien und selbständige Wählergruppen, die mindestens eine Vertreterin oder einen Vertreter in das Parlament abordnen, einen angemessenen Betrag, welchen der Gemeinderat im jährlichen Budget zu beantragen hat. Dieser beträgt aktuell jährlich CHF 50'000. Somit werden die im Parlament vertretenen Parteien und selbständigen Wählergruppen pro Parlamentsmitglied mit einem jährlichen Beitrag von CHF 1'250 (einen Vierzigstel pro Sitz) entschädigt. Es ist den Parteien und Wählergruppen überlassen, ob sie mit diesem Beitrag die Teilnahme an Fraktions-sitzungen entschädigen oder ob sie diesen für eine andere Zweckbestimmung einsetzen.
- 3) Zusätzlich unterstützt die Gemeinde die Parteien und selbstständigen Wählergruppen bei den Gemeindewahlen, indem sie
 - die Kosten für den Versand, d.h. die Adressierung, Verpackung sowie die Portokosten des Werbematerials an die Stimmberechtigten, übernimmt; und
 - den Parteien und Wählergruppen an acht Standorten die Möglichkeit für einen kosten-losen Wahlplakataushang an mobilen Plakatständern offeriert.

3. Die Situation in anderen grossen Berner Gemeinden Bern, Biel, Thun und Burgdorf

a) Sitzungsgelder für Parlaments- und Kommissionssitzungen

Bern: Stadtratsmitglieder CHF 130 für Sitzungen bis 3 Stunden; Sitzungsgeld PräsidentIn und KommissionspräsidentInnen CHF 260. ReferentInnen von Kommissionen erhalten zusätzlich CHF 130 bei behandelten Geschäften.³

Thun: Stadtratsmitglieder max. CHF 100 für Sitzungen bis 2 Stunden, pro weitere Stunde je max. CHF 50, plus jährliche Spesenpauschale von max. CHF 300. Innerhalb der Höchstansätze beschliesst der Stadtrat die jeweilige Höhe der Entschädigungen.⁴

Biel: Stadtratsmitglieder CHF 85 für eine einfache Sitzung bis 3 Stunden (PräsidentIn CHF 170), für eine Doppelsitzung CHF 120 (PräsidentIn CHF 240). Mitglieder der vom Stadtrat oder Gemeinderat gewählten Kommissionen CHF 45 für eine einfache Sitzung bis 3 Stunden (Präsi-dentIn CHF 85), für eine Doppelsitzung CHF 75 (PräsidentIn CHF 150).⁵

Burgdorf: Stadtratsmitglieder CH 50 pro Sitzung bis 4 Stunden, mehr als 4 Stunden CHF 100 (PräsidentIn und KommissionspräsidentIn das Doppelte).⁶

b) Entschädigung für die Teilnahme an Fraktionssitzungen und weitere Entschädigungen

Eine Kurzumfrage vom März 2024 hat folgendes ergeben: In Thun wird für die Teilnahme an Fraktionssitzungen kein Sitzungsgeld ausbezahlt. Die Stadt Biel sieht für die Fraktionssitzungen eine Vergütung von CHF 100 pro Mitglied gerechnet nach der Anzahl der Stadtratssitzungen vor.⁷ In Burgdorf werden die Parlamentsmitglieder nur für die ordentlichen Stadtratssitzungen sowie zwei Informationsveranstaltungen entschädigt, für die Fraktionssitzungen sind keine Ab-geltungen vorgesehen. In der Stadt Bern gibt es keine Abgeltung für die einzelnen Parlaments-mitglieder für die Teilnahme an Fraktionssitzungen. Hingegen erhalten die Fraktionen für ihre Aufwendungen eine Pauschalentschädigung, die sie nach eigenem Gutdünken verwenden können.⁸

³ https://stadtrecht.bern.ch/lexoverview-home/lex-151_211, Stadtratsbeschluss betreffend Fest-
setzung der Sitzungsgelder der Mitglieder des Stadtrats und seiner Gremien (SRB Nr.
639/2010)

⁴ https://www.thun.ch/docn/4349986/151.201_Geschäftsreglement_SR_i.K.1.3.2021.pdf, Ge-
schäftsreglement des Stadtrates von Thun

⁵ https://biel-bienne.tlex.ch/app/de/texts_of_law/1.5.1-1.2, Stadtratsbeschluss betreffend Sit-
zungsgelder und Fraktionsentschädigungen, Art. 1 Abs. 1 lit. a und b

⁶

https://www.burgdorf.ch/de/verwaltung/dokumente/dokumente/Entschaedigungsreglement_2015.pdf, Entschädigungsreglement der Stadt Burgdorf

⁷ https://biel-bienne.tlex.ch/app/de/texts_of_law/1.5.1-1.2

⁸ https://stadtrecht.bern.ch/lexoverview-home/lex-151_21 Art. 12 Abs. 4 und 5, Geschäftsregle-
ment des Stadtrats von Bern. Jeder Fraktion wird jährlich ein einheitlicher Unkostenbeitrag von

Zusätzlich sehen die angefragten Gemeinden noch gewisse Pauschalentschädigungen oder Repräsentationszulagen für bestimmte Funktionen vor (z.B. Stadtratspräsident: in Thun, Mitglieder GPK und der Sozialkommission Biel und weitere).

c) Fazit

Bern, Biel und Thun sehen höhere Sitzungsgelder als Köniz vor, Burgdorf niedrigere. Insgesamt ergibt der Vergleich ein heterogenes Bild mit verschiedenartigen "Entschädigungspaketen". Eine explizite Entschädigung der Fraktionssitzungen sieht nur die Stadt Biel vor.

4. Vorschlag zur Erhöhung der bestehenden Sitzungsgelder

Im Motionsauftrag (Ziffer 1) sind als Optionen

- a) eine Erhöhung der bestehenden Sitzungsgelder; oder
- b) die Einführung eines zusätzlichen separaten Sitzungsgelds für Fraktionssitzungen aufgeführt.

Mit vorliegendem Antrag wird dem Parlament eine Erhöhung der bestehenden Sitzungsgelder (Option a) für die Mitglieder des Parlaments sowie der ständigen und nicht-ständigen Kommissionen für die Teilnahme an ihren Sitzungen von aktuell CHF 70 (Sitzungsleitung CHF 140) auf neu CHF 90 (Sitzungsleitung CHF 180, +28.6%) (Variante 1, Beilage 2) CHF 100 (Sitzungsleitung CHF 200, +42.9%) (Variante 2, Beilage 3) vorgeschlagen, mit folgender Begründung.

- Die vorgeschlagene Lösung ist einfach verständlich, nachvollziehbar und ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand (z.B. Nachweis Teilnahme Fraktionssitzungen) umsetzbar.
- Eine Erhöhung um knapp 30% (Variante 1) gut 40% (Variante 2) umfasst sowohl eine Pauschalentschädigung der Vorbereitungsarbeiten - wie z.B. die Teilnahme an Fraktionssitzungen - als auch den angefallenen Teuerungsausgleich (6.1% für die Sitzungsgelder für Parlaments- und Kommissionsmitglieder seit Inkrafttreten Behördenreglement am 1.1.2010, resp. 6,3% für die Sitzungsgelder der Präsidien seit der Teilrevision des Behördenreglements vom 16.9.2013, als die Höhe der Sitzungsgelder überprüft und als Resultat die Sitzungsgelder für die Präsidien erhöht wurden).
- Im Benchmark mit den vergleichbaren Gemeinde-/Stadtparlamenten im Kanton Bern ist das Gesamtpaket der Entschädigungen angemessen.
- Köniz kennt keine Pflicht zur Bildung von Fraktionen oder zur Abhaltung von Fraktionssitzungen. Es ist den Parlamentsmitgliedern überlassen, in welcher Form sie sich auf die Parlamentssitzungen vorbereiten. Es ist zudem möglich, dass gewählte Parlamentsmitglieder keiner Fraktion angehören.⁹ Ein expliziter Anspruch auf Sitzungsgeld für die Teilnahme an Fraktionssitzungen könnte somit zu einer Ungleichbehandlung von Parlamentsmitgliedern führen. Die vorgeschlagene Lösung der Erhöhung der bestehenden Sitzungsgelder für Parlaments- und Kommissionssitzungen stellt somit sicher, dass nur reglementarisch vorgesehene Sitzungen entschädigt und dass alle Parlamentsmitglieder gleichbehandelt werden.

Obwohl dies in der Motion nicht explizit gefordert wird, schlägt der Gemeinderat gleichzeitig mit der Erhöhung der Sitzungsgelder für das Parlament und die Mitglieder von parlamentarischen Kommissionen (Art. 10 Absatz 2 Buchstabe a Behördenreglement) auch eine Erhöhung der Sitzungsgelder für die Mitglieder anderer Kommissionen gemäss Art. 10 Absatz 2 Buchstabe b (z.B. Einbürgerungskommission, Schulkommission, Kommission Wangental) vor, nämlich von aktuell CHF 50 auf neu CHF 65 (+ 30%) (Variante 1), bzw. CHF 70 (40 %) (Variante 2). Obwohl in diesen Kommissionen kein Zusatzaufwand für die Teilnahme an Fraktionssitzungen besteht, fallen auch für die Mitglieder dieser Kommissionen Vorbereitungsarbeiten sowie der Teue-

20 Sitzungsgeldern ausgerichtet. Zusätzlich erhält sie pro Jahr für jedes Fraktionsmitglied, maximal jedoch für acht Fraktionsmitglieder sechs Sitzungsgelder. 5 Mitglieder des Stadtrats, die keiner Fraktion angehören, erhalten einen jährlichen Unkostenbeitrag in der Höhe von sechs Sitzungsgeldern.

⁹ Art. 18 Geschäftsreglement des Parlaments (GRP), Nr. 151.1: "Wenigstens drei Parlamentsmitglieder können sich zu einer Fraktion zusammenschliessen."

rungsausgleich an, so dass dem Gemeinderat eine analoge Erhöhung des Sitzungsgelder angemessen erscheint.

Die Reglementsänderung soll wie in der Motion gefordert auf den 1. Januar 2026 in Kraft treten (Beginn neue Legislatur).

5. Finanzen

Die aktuellen Kosten für die Sitzungsentschädigungen für Parlament und die parlamentarischen Kommissionen belaufen sich auf jährlich ca. CHF 75'000. Die Sitzungsentschädigungen für die Mitglieder anderer Kommissionen gemäss Art. 10 Absatz 2 Buchstabe belaufen sich auf jährlich ca. CHF 10'000. Die Reglementsänderung wird zu jährlichen Mehrkosten von Total ca. CHF 25'000 (Variante 1) respektive ca. CHF 35'000 (Variante 2) führen.

6. Zusammenarbeit mit dem Parlamentsbüro

Das Parlamentsbüro wurde bei der Ausarbeitung der Vorlage konsultiert. Der Gemeinderat hat dem Parlamentsbüro die oberwähnten 2 Varianten vorgeschlagen und diese an der Parlamentsbürositzung vom 18. Juni 2025 vorgestellt. In seiner Stellungnahme vom 25. Juni 2025 hat das Parlamentsbüro dem Gemeinderat empfohlen, dem Parlament die gemeinderätliche Variante 2 (+ca. 40%) sowie eine neue vom Parlamentsbüro vorgeschlagene Variante (+85%) vorzulegen (siehe Vorschlag und Begründung in Beilage 4).

Mit der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Erhöhung der Sitzungsgelder für die nicht parlamentarischen Kommissionen gemäss Art. 10 Absatz 2 Buchstabe b (z.B. Einbürgerungskommission, Schulkommission, Kommission Wangental) ist das Parlamentsbüro im Grundsatz einverstanden. Das Büro schlägt aber vor, dass die Erhöhung nicht in gleichem Umfang ausfallen sollte wie für das Parlament, da der Aufwand für die Fraktionsarbeit weg falle. Es sei aber mindestens die Teuerung auszugleichen. Das Büro überlasse es dem Ermessen des Gemeinderats, eine adäquate Erhöhung des Sitzungsgeldes vorzuschlagen.

Der Gemeinderat hat die Empfehlung des Büros an der Sitzung vom 13. August 2025 diskutiert und gestützt auf Art. 74 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Parlaments beschlossen, dem Parlament die ursprünglich vorgeschlagenen beiden Varianten (+30% bzw. 40% sowie eine analoge Erhöhung für die übrigen Kommissionen) nebeneinander zur Abstimmung vorzulegen, aus folgenden Gründen:

- Mit den vorgeschlagenen Varianten Pauschalerhöhung von 30% oder 40% sind nach Ansicht des Gemeinderats sowohl der Teuerungsausgleich (+6,1%/6,3%) als auch ein angemessener zusätzlicher Beitrag für die Fraktionssitzungen abgegolten, ergänzend zu den in Kapitel 2 erwähnten Entschädigungen.
- Die vorgeschlagenen Varianten sind im Vergleich zu anderen Gemeinden angemessen. Eine Erhöhung der Sitzungsgelder um +85% wäre nach Ansicht des Gemeinderats unverhältnismässig.
- Die Kosten für das Parlament und die Kommissionen sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.¹⁰ Falls im Budget 2026 die Variante +85% aufgenommen würde, würden die Gesamtkosten für Parlament und Kommissionen im Vergleich zur Rechnung 2022 (CHF 338'220) um 38% steigen (CHF 467'448 Budget 2026 nach der 2. Lesung im Gemeinderat).
- Eine analoge Erhöhung der Sitzungsgelder für nicht-parlamentarische Kommissionen erscheint dem Gemeinderat angemessen. Deren Sitzungsgeld ist bereits aktuell um mehr als 25% tiefer festgelegt (CHF 50 vs. CHF 70). Der Gemeinderat geht davon aus, dass der Betrag für Sitzungsgelder für Mitglieder des Parlaments und parlamentarischer Kommissionen höher festgelegt wurde, weil damit auch Vorbereitungsarbeiten (wie z.B. Fraktionssitzungen) zumindest teilweise abgegolten werden sollten.

¹⁰ Total Kontogruppe 1000 Parlament und Kommissionen: Rechnung 2022 CHF 338'220, Rechnung 2023 CHF 397'218, Rechnung 2024 CHF 405'007, Budget 2025 CHF 398'902.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, gestützt auf Art. 74 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Parlaments, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1a Variante 1: Die Änderung des Reglements über die Entschädigung und Nebenbeschäftigung der Mitglieder des Gemeinderats und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement) wird gemäss vorgelegtem Entwurf Variante 1 (Erhöhung der Sitzungsgelder für Mitglieder des Parlaments und von Kommissionen um ca. 30%) beschlossen.
 - 1b Variante 2: Die Änderung des Reglements über die Entschädigung und Nebenbeschäftigung der Mitglieder des Gemeinderats und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement) wird gemäss vorgelegtem Entwurf Variante 2 (Erhöhung der Sitzungsgelder für Mitglieder des Parlaments und von Kommissionen um ca. 40%) beschlossen.
2. Die Änderung tritt in der beschlossenen Variante am 1.1. 2026 in Kraft.

Köniz, 13. August 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) V2321 Motion, "Anpassung der Sitzungsgelder des Parlaments", Beantwortung des Gemeinderats vom 7. März 2024 und Parlamentsprotokollauszug vom 6. Mai 2024.
- 2) Änderung des Reglements über die Entschädigung und Nebenbeschäftigungen der Mitglieder des Gemeinderats und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement), synoptische Darstellung mit Erläuterungen Variante 1 (Erhöhung der Sitzungsgelder für Mitglieder des Parlaments und von Kommissionen um ca. 30%)
- 3) Änderung des Reglements über die Entschädigung und Nebenbeschäftigungen der Mitglieder des Gemeinderats und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement), synoptische Darstellung mit Erläuterungen Variante 2 (Erhöhung der Sitzungsgelder für Mitglieder des Parlaments und von Kommissionen um ca. 40%)
- 4) Stellungnahme des Parlamentsbüros vom 26. Juni 2025

V2321 Motion (Mitglieder des Parlamentsbüros, Stand 7. Dezember 2023) „Anpassung der Sitzungsgelder des Parlaments“

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Der Gemeinderat legt dem Parlament die nötigen Reglementsanpassungen vor, die für die Umsetzung folgender Massnahmen nötig sind:

1. Die Teilnahme an den Fraktionssitzungen wird abgegolten, indem die Höhe der bestehenden Sitzungsgelder gesteigert wird (pauschale Abgeltung der Fraktionssitzungen) oder indem der Anspruch auf Sitzungsgeld auf die Fraktionssitzungen ausgedehnt wird (einzelne Abgeltung der Fraktionssitzungen).
2. Für die Sitzungsgelder gemäss Art. 10 des Behördenreglements kommt derselbe Teuerungsausgleich zum Tragen wie für die Entlohnung des Gemeinderats. Zeitgleich mit dem Inkrafttreten dieser Neuerung können die Sitzungsgelder ganz oder teilweise an die aufgelaufene Teuerung angepasst werden.
3. Die Neuerungen gemäss Ziffern 1 und 2 treten mit Beginn der neuen Legislatur per 1. Januar 2026 in Kraft.
4. Die Umsetzung dieses Vorstosses geschieht zwingend in enger Abstimmung mit dem Parlamentsbüro und der Fachstelle Parlament.

Begründung

Das Parlament ist die Legislative der Gemeinde Köniz. Seine Mitglieder üben ihre Parlamentstätigkeit als Milizpolitikerinnen und Milizpolitiker aus. Bei dieser Arbeit steht die Höhe der Entschädigung nicht im Vordergrund. Sie ist nicht vergleichbar mit der Entlohnung bei einer festen Arbeitstätigkeit. Dennoch soll die Höhe insofern angemessen sein, als sie in einem realistischen Bezug zum tatsächlichen Aufwand steht und als sie nicht teuerungsbedingt über die Jahre stillschweigend reduziert wird.

Eine Umfrage aus dem Jahr 2020 unter fünfzehn vergleichbaren Schweizer Gemeinden (darunter Bern, Biel und Thun) zum Thema Parlamentsentschädigungen zeigte auf, dass die Sitzungsgelder in der Gemeinde Köniz zu den tiefsten gehören. Auch die Höhe der Gesamtausgaben für das Parlament liegen in Köniz vergleichsweise tief.¹ Dass Köniz im Vergleich zu anderen Gemeinden ähnlicher Grösse über effiziente Strukturen und daher tiefe Kosten verfügt, ist eine Stärke unserer Gemeinde und wird mit diesem Vorstoss nicht in Frage gestellt. Vielmehr soll das Sitzungsgeld des Parlaments in zweierlei Hinsicht angepasst werden:

¹ Auszug aus den Jahresrechnungen 2022 zur groben Orientierung:

- Köniz: 0.34 Mio. CHF (1000: «Parlament und Kommissionen», https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/20692/2023-06-19_T06_Jahresbericht%202022_Beilage-4_Jahresrechnung-Detail.pdf?fp=1684994297151, S. 57),
- Bern: 2.35 Mio. CHF (010: «Stadtrat», <https://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/finanzen/rechnung/rechnung-jahresbericht/aktueller-jahresbericht/jb-hrm-band-1-22-web.pdf/download>, S. 222),
- Biel: 1.05 Mio. CHF (180: «Stadtrat», https://www.biel-bienne.ch/public/upload/assets/23986/16_Zahlenteil%20Jahresrechnung%202022.pdf?fp=1691590390960, S. 77)

- Abgesehen vom Aktenstudium, welches mit dem Sitzungsgeld abgegolten ist, gehört zu jeder Parlamentssitzung auch eine vorgängige Fraktionssitzung.² Die Fraktionssitzungen sind bezüglich Dauer und Intensität mit der eigentlichen Parlamentssitzung vergleichbar. Die Fraktionssitzungen sollen künftig grundsätzlich wie eine Parlamentssitzung entschädigt werden. Die Entschädigung der Fraktionssitzungen soll unbürokratisch umgesetzt werden. Denkbar ist eine Pauschalentschädigung ohne genaue Abrechnung der einzelnen Sitzungen. Eine Entschädigung basierend auf einer Präsenzkontrolle der einzelnen Fraktionsmitglieder kann dann in Betracht gezogen werden, wenn sie sich technisch und verwaltungsökonomisch leicht umsetzen lässt. Pro ordentlichen Aktenversand soll nur eine Fraktionssitzung entschädigt werden.
- Die Gemeinde Köniz kennt zurzeit keinen speziellen Mechanismus zur Anpassung der Sitzungsgelder des Parlaments und der ständigen und nichtständigen Kommissionen an die Teuerung. Eine Anpassung an die Teuerung verlangt daher jedes Mal eine Änderung des Behördenreglements. Die heute gültigen Ansätze für das Sitzungsgeld gemäss Art. 10 Abs. 2 Bst. a und b des Behördenreglements bestanden schon beim Erlass des Reglements am 8. Dezember 2008.³ Sie wurden also seit 15 Jahren nicht an die inzwischen aufgelaufene Teuerung angepasst.

Eingereicht

11.12.2023

Unterschrieben von 25 Parlamentsmitgliedern

Casimir von Arx, Reto Zbinden, Christine Müller, Arlette Mürner, Tatjana Rothenbühler, Ronald Sonderegger, Florian Moser, Kathrin Gilgen, Andrea Winzenried, Isabelle Steiner, Vanda Descombes, Claudia Cepeda, Franziska Adam, Fabienne Marti, Roland Akeret, Andreas Hauser, Sandra Röthlisberger, Matthias Müller, Toni Eder, Beat Biedermann, Matthias Stöckli, Mayra Faccio, Géraldine Boesch, Lukas Erni, Christina Aebischer

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Das Parlament erteilt mit der Erheblicherklärung dieser Motion dem Gemeinderat in Bezug auf Ziffer 1, 2 und 4 einen verpflichtenden Auftrag und gibt ihm in Bezug auf Ziffer 3 (Erfüllungsfrist) eine Richtlinie vor (Beilage 1, Motionsprüfung vom 4. Januar 2024 prüfen ob stimmt)

2. Die Motionsanliegen

Mit der Motion V2321 soll der Gemeinderat beauftragt werden, Reglementsänderungen zu Umsetzung folgenden Anliegen vorzunehmen:

- Einführung der finanziellen Abgeltung für die Teilnahme an Fraktionssitzungen mittels Erhöhung der bestehenden Sitzungsgelder für die Teilnahme an Parlaments- und Kommissionssitzungen (von den Motionär:innen als "pauschale Abgeltung von Fraktionssitzungen" bezeichnet) oder einer Ausweitung der individuellen Sitzungsgelder für die Teilnahme an Fraktionssitzungen (von den Motionär:innen als "einzelne Abgeltung von Fraktionssitzungen" bezeichnet);
- Für die Sitzungsgelder nach Art. 10 Behördenreglement soll derselbe Teuerungsausgleich zu tragen kommen wie für die Entlohnung der Gemeinderatsmitglieder. Zugleich könnten mit dem Inkrafttreten der Neuerung die Sitzungsgelder ganz oder teilweise an die aufgelaufene Teuerung angepasst werden.

² Seit langem sind alle Mitglieder des Parlaments auch Mitglieder einer Fraktion.

³ Vgl. https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/3254/2008-12-08_T05_koeniz-fuenf.pdf?fp=1440776751000.

Die neuen Regelungen sollen gemäss Forderung der Motion auf die neue Legislatur in Kraft treten. Im Fall der Erheblicherklärung durch das Parlament habe die Umsetzung in enger Abstimmung mit dem Parlamentsbüro und der Fachstelle Parlament zu erfolgen.

3. Die aktuelle Entschädigungsregelungen für Parlamentsmitglieder und im Parlament vertretenen Parteien und selbständigen Wählergruppen

In Köniz werden Parlamentsmitglieder bzw. im Parlament vertretene Parteien und selbständigen Wählergruppen auf zwei Arten entschädigt:

- 1) Gemäss Art. 10 Behördenreglement haben Mitglieder des Parlaments sowie der ständigen und nichtständigen Kommissionen für die Teilnahme an ihren Sitzungen Anspruch auf ein Sitzungsgeld. Das Sitzungsgeld beträgt
 - für die Mitglieder des Parlaments und die Mitglieder der parlamentarischen Kommissionen 70 Franken;
 - für die Sitzungsleitung des Parlaments und der parlamentarischen Kommissionen 140 Franken;

Dauert die Sitzung mehr als vier Stunden, werden 150 Prozent, dauert die Sitzung mehr als sechs Stunden, werden 200 Prozent des obgenannten Sitzungsgeldes ausbezahlt.

- 2) Gemäss "Reglement für die Zuteilung des jährlichen Gemeindebeitrages an die politischen Parteien und selbständige Wählergruppen" erhalten die Parteien und selbständige Wählergruppen, die mindestens eine Vertreterin oder einen Vertreter in das Parlament abordnen, einen angemessenen Betrag, welche der Gemeinderat im jährlichen Budget zu beantragen hat. Dieses beträgt aktuell jährlich CHF 50'000. Somit werden die im Parlament vertretenen Parteien und selbständigen Wählergruppen pro Parlamentsmitglied mit einem jährlichen Beitrag von CHF 1'200 (einen Vierzigstel pro Sitz) entschädigt.

4. Die Situation in anderen grossen Berner Gemeinden

Eine aktuelle Kurzumfrage in den Berner Gemeinden Thun, Biel, Burgdorf und Bern hat folgendes ergeben: In Thun wird für die Teilnahme an Fraktionssitzungen kein Sitzungsgeld ausbezahlt, dies war in letzter Zeit auch nie ein Thema. Die Stadt Biel sieht für die Fraktionssitzungen eine Vergütung von CHF 100 pro Mitglied gerechnet nach der Anzahl der Stadtratssitzungen vor.⁴ In Burgdorf werden die Parlamentsmitglieder nur für die ordentlichen Stadtratssitzungen sowie zwei Informationsveranstaltungen entschädigt, für die Fraktionssitzungen sind keine Abgeltungen vorgesehen. In der Stadt Bern gibt es keine Abgeltung für die einzelnen Parlamentsmitglieder für die Teilnahme an Fraktionssitzungen. Hingegen erhalten die Fraktionen für ihre Aufwendungen eine Pauschalentschädigung, die sie nach eigenem Gutdünken verwenden können.⁵

5. Position des Gemeinderats

Jedes Könizer Parlamentsmitglied leistet mit ihrer/seiner Arbeit im Parlament, in den Kommissionen, in den Ortsparteien, in den Fraktionen, im täglichen Austausch mit der Bevölkerung und häufig auch in ihrem zusätzlichen Engagement in Organisationen und Vereinen einen wichtigen Beitrag für die Gemeinde und ihre Einwohner:innen. Der diesem Engagement zugrundeliegende Milizgedanke ist ein Eckpfeiler des guten Funktionierens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den Gemeinden in der Schweiz.

In Köniz erhalten die Parlamentsmitglieder für die Teilnahme an den Parlamentssitzungen und für ihre Arbeit in den Kommissionen als Entschädigung jeweils ein Sitzungsgeld. Zudem erhalten die im Parlament vertretenen Parteien und freien Wählerlisten einen jährlichen Beitrag von CHF 1'250 pro Parlamentsmitglied. Gemäss Art. 1 Reglement für die Zuteilung des jährlichen Gemeindebeitrages an die politischen Parteien und selbständige Wählergruppen

⁴ https://biel-bienne.tlex.ch/app/de/texts_of_law/1.5.1-1.2

⁵ https://stadtrecht.bern.ch/lexoverview-home/lex-151_21

dient dieser Beitrag der "Förderung der Aktionsfähigkeit von Parteien und selbständigen Wählergruppen". Die Verwendung oder Weitergabe dieser Beiträge wird in Köniz den Ortsparteien überlassen, sie können diese auch für die Entschädigung für Fraktionsarbeit einsetzen. Einige in der von der Motionär:innen erwähnten Umfrage von 2020 berücksichtigten Gemeinden kennen statt einer Entschädigung der Ortsparteien eine Pauschalentschädigung für Fraktionen, was nach Ansicht des Gemeinderats bei einem Vergleich im Sinne einer Gesamtsicht zu berücksichtigen ist.

Der Gemeinderat erachtet deshalb eine zusätzliche separate Entschädigung der Parlamentsmitglieder in Form einer Abgeltung der Teilnahme an Fraktionssitzungen als nicht angemessen. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass angesichts des in den letzten Jahren steigenden Aufwands für die Parlaments- und Kommissionsarbeit der Fokus auf eine Erhöhung der Effizienz im Parlaments- und Kommissionsbetrieb gelegt werden sollte, entsprechende Vorschläge sind in Diskussion, inkl. einem Vorschlag des Parlamentsbüros zur Anpassung des Geschäftsreglement des Parlaments.

Die Einführung der Gewährung eines Teuerungsausgleichs für die Sitzungsgelder im Parlament und in den Kommissionen lehnt der Gemeinderat ebenfalls ab. Der Gemeinderat kann das Anliegen in Punkt 2 der Motion für eine Erhöhung der Sitzungsgelder nach einigen Jahren nachvollziehen. Er erachtet den Vorschlag der Gewährleistung der jährlichen Teuerungszulage analog der Entlohnung der Gemeinderatsmitglieder hingegen als zu aufwändig und zu bürokratisch. Zudem handelt es sich bei der Entschädigung für Parlaments- und Kommissionssitzungen um Sitzungsgelder und nicht um eine Entlohnung. Da die Entschädigung der Parlamentsmitglieder aber zuletzt 2008 festgelegt und seither nicht angepasst wurde, schlägt der Gemeinderat vor, diesen Punkt zu vertiefen und die Entschädigung so anzupassen, dass sie im interkommunalen Vergleich angemessen ist.

6. Fazit

Die Parlamentsmitglieder leisten einen wichtigen Beitrag für die Gemeinde und Ihre Bevölkerung. Die Art und die Höhe der Entschädigung von Parlamentsmitgliedern für Ihre Arbeit und Ihr vielseitiges Engagement ist schliesslich auch das Resultat einer politischen Abwägung (Wertschätzung und Engagement, Motivation, Milizgedanken, Vergleich mit anderen Gemeinden, Wahrnehmung der Bevölkerung). Es gilt zu berücksichtigen, dass die Entschädigungen für Parlamentsmitglieder und für die Gemeindebeiträge an die im Parlament vertretenen Ortsparteien für ihre Arbeit im Parlament, in den Kommissionen und in den Fraktionen ein Gesamtpaket bilden. In Köniz erhalten die Parlamentsmitglieder für die Teilnahme an den Parlaments- und Kommissionssitzungen jeweils ein Sitzungsgeld. Zudem erhalten die im Parlament vertretenen Parteien und freien Wählerlisten einen jährlichen Beitrag von CHF 1'250 pro Parlamentsmitglied.

Das Anliegen der Motion zusätzlich die Fraktionssitzungen abzugelten, erscheint dem Gemeinderat auch im interkommunalen Vergleich nicht zielführend. Der Gemeinderat kann aber das Anliegen einer Erhöhung der Sitzungsgelder für Parlaments- und Kommissionssitzungen nach einigen Jahren nachvollziehen. Die in der vorliegenden Motion vorgeschlagenen Instrumente (Gewährleistung des Teuerungsausgleichs von Sitzungsgeldern) hält der Gemeinderat hingegen für nicht zielführend und sachfremd. Aus diesem Grund schlägt der Gemeinderat vor, die Motion 2321 als Postulat erheblich zu erklären. So kann er einen Vorschlag für eine Erhöhung der Sitzungsgelder ausarbeiten, die ins heutige System passt. Eine Motion lehnt der Gemeinderat aus oben genannten Gründen ab.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Köniz, 7. März 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 4. Januar 2024



Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin
T 031 970 92 02
cornelia.rauch@koeniz.ch

Köniz, 4. Januar 2024 rc

**V2321 Motion (Mitglieder des Parlamentsbüros, Stand 7. Dezember 2023) „Anpassung der Sitzungsgelder des Parlaments“
Formelle Prüfung der Motion**

Gemäss der gemeinderätlichen Weisung 0.3 A 7 prüft der Gemeindeschreiber, ob der Gegenstand von eingereichten Motionen im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. In diesem Fall käme einer Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Die reglementarische Grundlage in Art. 53 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Parlamentes:

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Soweit der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, dem Parlament die nötigen Reglementsanpassungen vorzulegen, die für die Umsetzung folgender Massnahmen nötig sind:

1. Die Teilnahme an den Fraktionssitzungen wird abgegolten, indem die Höhe der bestehenden Sitzungsgelder gesteigert wird (pauschale Abgeltung der Fraktionssitzungen) oder indem der Anspruch auf Sitzungsgeld auf die Fraktionssitzungen ausgedehnt wird (einzelne Abgeltung der Fraktionssitzungen).
2. Für die Sitzungsgelder gemäss Art. 10 des Behördenreglements kommt derselbe Teuerungsausgleich zum Tragen wie für die Entlohnung des Gemeinderats. Zeitgleich mit dem Inkrafttreten dieser Neuerung können die Sitzungsgelder ganz oder teilweise an die aufgelaufene Teuerung angepasst werden.
3. Die Neuerungen gemäss Ziffern 1 und 2 treten mit Beginn der neuen Legislatur per 1. Januar 2026 in Kraft.
4. Die Umsetzung dieses Vorstosses geschieht zwingend in enger Abstimmung mit dem Parlamentsbüro und der Fachstelle Parlament.

Das Parlament beschliesst gemäss Art. 44 Gemeindeordnung (GO) den Erlass, die Änderung und die Aufhebung aller Reglemente und Pläne, die nicht nach besonderer Vorschrift einem anderen Organ vorbehalten sind.

Erheblich erklärte Motionen und Postulate sind vom Gemeinderat so rasch als möglich, längstens aber innert zwei Jahren seit der Erheblicherklärung zu erfüllen (Art. 61 Abs. 1 Geschäftsreglement des Parlaments).

Fazit: Das Parlament erteilt mit der Erheblicherklärung dieser Motion dem Gemeinderat in Bezug auf Ziffer 1 und 2 einen verpflichtenden Auftrag und gibt ihm in Bezug auf Ziffer 3 und 4 eine Richtlinie vor.

Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin



**Reglement über die Entschädigung und Nebenbeschäftigungen der Mitglieder
des Gemeinderates und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement), Nr. 153.31**

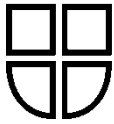
Änderung, Entwurf, Variante 1

Geltendes Recht	Änderungen/ Neu	Erläuterungen
<p>Art. 10 – Sitzungsgeld</p> <p>¹ Die Mitglieder des Parlaments sowie der ständigen und nichtständigen Kommissionen haben für die Teilnahme an ihren Sitzungen Anspruch auf ein Sitzungsgeld. Keinen Anspruch haben</p> <ul style="list-style-type: none">a) die Mitglieder des Gemeinderats undb) das Personal. <p>² Das Sitzungsgeld beträgt</p> <ul style="list-style-type: none">a) für die Mitglieder des Parlaments und die Mitglieder der parlamentarischen Kommissionen 70 Franken,b) für die Mitglieder anderer Kommissionen 50 Franken,c) für die Sitzungsleitung des Parlaments und der parlamentarischen Kommissionen 140 Franken. <p>³ Dauert die Sitzung mehr als vier Stunden, werden 150 Prozent, dauert die Sitzung mehr als sechs Stunden, werden 200 Prozent des Sitzungsgeldes nach Absatz 2 ausbezahlt.</p> <p>⁴ Der Gemeinderat kann ein Sitzungsgeld für weitere Gremien wie Ausschüsse und Arbeitsgruppen vorsehen.</p>	<p>Art. 10 – Marginalie unverändert</p> <p>¹ Unverändert.</p> <p>² Das Sitzungsgeld beträgt</p> <ul style="list-style-type: none">a) für die Mitglieder des Parlaments und die Mitglieder der parlamentarischen Kommissionen 90 Franken,b) für die Mitglieder anderer Kommissionen 65 Franken,c) für die Sitzungsleitung des Parlaments und der parlamentarischen Kommissionen 180 Franken. <p>³ Unverändert.</p> <p>⁴ Unverändert.</p>	<p>Seit dem Inkrafttreten des Behördenreglements Anfang 2010 sind die Sitzungsgelder nach Artikel 10 (mit Ausnahme derjenigen für die Präsidien, welche im Jahr 2013 verdoppelt wurden) unverändert geblieben.</p> <p>Die beantragte Erhöhung im Umfang von knapp 30% setzt die Motion V2321 um.</p> <p>Ein Teil der Erhöhung trägt der seit 2010 aufgelaufenen Teuerung von 6,1% (Berechnungsdatum 1. März 2025) Rechnung.</p> <p>Der grössere Teil der Erhöhung hat den Zweck, auch die Sitzungsvorbereitung (namentlich auch die Teilnahme an Fraktionssitzungen) abzudecken. Der Vollständigkeit halber ist zu erwähnen, dass die Parteien bereits heute einen Gemeindebeitrag erhalten, mit dem sie nach ihrem Ermessen ebenfalls die Teilnahme an Fraktionssitzungen entschädigen können. Die Regelung ist damit insgesamt nicht trennscharf.</p>

**Reglement über die Entschädigung und Nebenbeschäftigungen der Mitglieder
des Gemeinderates und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement), Nr. 153.31**

Änderung, Entwurf, Variante 2

Geltendes Recht	Änderungen/ Neu	Erläuterungen
<p>Art. 10 – Sitzungsgeld</p> <p>¹ Die Mitglieder des Parlaments sowie der ständigen und nichtständigen Kommissionen haben für die Teilnahme an ihren Sitzungen Anspruch auf ein Sitzungsgeld. Keinen Anspruch haben</p> <ul style="list-style-type: none">a) die Mitglieder des Gemeinderats undb) das Personal. <p>² Das Sitzungsgeld beträgt</p> <ul style="list-style-type: none">a) für die Mitglieder des Parlaments und die Mitglieder der parlamentarischen Kommissionen 70 Franken,b) für die Mitglieder anderer Kommissionen 50 Franken,c) für die Sitzungsleitung des Parlaments und der parlamentarischen Kommissionen 140 Franken. <p>³ Dauert die Sitzung mehr als vier Stunden, werden 150 Prozent, dauert die Sitzung mehr als sechs Stunden, werden 200 Prozent des Sitzungsgeldes nach Absatz 2 ausbezahlt.</p> <p>⁴ Der Gemeinderat kann ein Sitzungsgeld für weitere Gremien wie Ausschüsse und Arbeitsgruppen vorsehen.</p>	<p>Art. 10 – Marginalie unverändert</p> <p>¹ Unverändert.</p> <p>² Das Sitzungsgeld beträgt</p> <ul style="list-style-type: none">a) für die Mitglieder des Parlaments und die Mitglieder der parlamentarischen Kommissionen 100 Franken,b) für die Mitglieder anderer Kommissionen 70 Franken,c) für die Sitzungsleitung des Parlaments und der parlamentarischen Kommissionen 200 Franken. <p>³ Unverändert.</p> <p>⁴ Unverändert.</p>	<p>Seit dem Inkrafttreten des Behördenreglements Anfang 2010 sind die Sitzungsgelder nach Artikel 10 (mit Ausnahme derjenigen für die Präsidien, welche im Jahr 2013 verdoppelt wurden) unverändert geblieben.</p> <p>Die beantragte Erhöhung im Umfang von gut 40% setzt die Motion V2321 um.</p> <p>Ein Teil der Erhöhung trägt der seit 2010 aufgelaufenen Teuerung von 6,1% (Berechnungsdatum 1. März 2025) Rechnung.</p> <p>Der grössere Teil der Erhöhung hat den Zweck, auch die Sitzungsvorbereitung (namentlich auch die Teilnahme an Fraktionssitzungen) abzudecken. Der Vollständigkeit halber ist zu erwähnen, dass die Parteien bereits heute einen Gemeindebeitrag erhalten, mit dem sie nach ihrem Ermessen ebenfalls die Teilnahme an Fraktionssitzungen entschädigen können. Die Regelung ist damit insgesamt nicht trennscharf.</p>



Gemeinderat Köniz
Landorfstrasse 1
3098 Köniz

Köniz, 26. Juni 2025

**Stellungnahme zum Vorschlag des Gemeinderats betreffend die Umsetzung der Motion V2321 Motion (Mitglieder des Parlamentsbüros, Stand 7. Dezember 2023)
"Anpassung der Sitzungsgelder des Parlaments"**

Geschätzte Mitglieder des Gemeinderats

Das Parlamentsbüro bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für den vorliegenden schlanken und pragmatischen Vorschlag zur Umsetzung des Motionsauftrags sowie für die Präsentation anlässlich der Bürositzung vom 18. Juni 2025. Das Büro nimmt wie folgt Stellung:

Grundsätzliches

Das Parlamentsbüro begrüsst, dass die Sitzungsgelder pauschal erhöht werden sollen. Der administrative Verwaltungsaufwand für die zuständigen Abteilungen wird damit geringgehalten.

Parlamentsantrag mit zwei Varianten

Das Parlamentsbüro empfiehlt, dem Parlament eine Vorlage mit folgenden zwei Varianten für die Anpassung der Sitzungsgelder vorzulegen:

Das Sitzungsgeld für die Mitglieder des Parlaments beträgt:

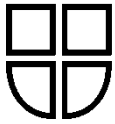
- **Variante 1** Vorschlag Gemeinderat: neu **100 Franken**
- **Variante 2** Umsetzung Motionsauftrag: neu **130 Franken**

Mit Variante 1 wird der Vorschlag des Gemeinderats (Erhöhung der Entschädigungen um 40%) aufgenommen. Das Sitzungsgeld für eine Parlamentssitzung von weniger als vier Stunden würde bei dieser Variante 100 Franken betragen.

Eine Mehrheit der Büromitglieder ist der Meinung, dass dem Parlament zusätzlich eine zweite Variante vorgelegt werden soll, bei der sowohl der Aufwand für die Fraktionssitzungen als auch die Teuerung berücksichtigt wird – so wie es der Motionsauftrag vorgibt. Die Entschädigung für eine Parlamentssitzung von weniger als vier Stunden würde bei Variante 2 somit 130 Franken betragen. Diese Entschädigung trägt auch dem Umstand Rechnung, dass die Sitzungsgelder in Zukunft nicht alle paar Jahre erhöht werden.

Da nicht jeder Parlamentssitzung eine Fraktionssitzung vorangeht, wäre eine Verdoppelung der Sitzungsgelder nicht angezeigt. Das Büro geht von zwölf Parlamentssitzungen und neun Fraktionssitzungen pro Jahr aus, wenn maximal eine Fraktionssitzung pro Aktenversand vergütet wird.

Die Sitzungsgelder für längere Sitzungen und für die Sitzungsleitung sind analog heute anzupassen (150 Prozent für Sitzungen, welche mehr als vier Stunden dauern und 200 Prozent für Sitzungen, welche mehr als sechs Stunden dauern. Für die Sitzungsleitung wird das doppelte Sitzungsgeld ausbezahlt).



Erhöhung der Sitzungsgelder für nicht parlamentarische Kommissionen

Das Parlamentsbüro teilt die Ansicht, dass eine Erhöhung der Sitzungsgelder auch für die nicht parlamentarischen Kommissionen berechtigt ist. Diese sollte jedoch nicht in gleichem Umfang ausfallen wie für das Parlament, da der Aufwand für die Fraktionsarbeit wegfällt. Es ist aber mindestens die Teuerung auszugleichen. Das Büro überlässt es dem Ermessen des Gemeinderats (und des Parlaments), eine adäquate Erhöhung des Sitzungsgeldes festzulegen.

Weitere Bemerkungen

Das Parlamentsbüro wünscht, dass ihm der finale Parlamentsantrag zur Begutachtung vorgelegt wird. Der Gemeinderat wird zudem gebeten, im Parlamentsantrag anzugeben, inwiefern die Anpassung der Sitzungsgelder Einfluss auf die Besteuerung hat.

Freundliche Grüsse

Das Parlamentsbüro